

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michalek*,
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 10. September 1919, Nr. 364.

Einführung der Rohölfeuerung in den städtischen Elektrizitätswerken. Unter der Drucke der Kohlennot hat der Stadtrat heute den Beschluss gefasst, dass ein Teil der Kessel des städtischen Elektrizitätswerkes auf Rohölfeuerung eingerichtet werde. Es stellt dies insofern ^{keine} Neuerung dar, als im vorigen Jahre in dieser Art die Stromerzeugung schon geübt wurde, so dass ^{genügend} ^{ziemlich} Erfahrungen für diese komplizierte Betriebsweise vorliegen. Es ist geplant, allmählich etwa ein Fünftel der Kessel für die neue Heizmethode umzugestalten. Das notwendige Rohöl für eine etwa 8 monatige Betriebsperiode zu sichern ist der Gemeinde ^{bereits} gelungen. Der Preis wurde im Laufe langwieriger Unterhandlungen von der ursprünglich geforderten Höhe ganz bedächtig herabgedrückt und bewegt sich derzeit im Rahmen von ungefähr 120 Kronen pro Tonne. Noch immer aber stellt sich die Rohölfeuerung ^{als} ^{ausserordentlich} ^{teuer} und um etwa 150 % kostspieliger als der Kohlenbetrieb. Die Anträge ^{des} ^{Referenten} Stadtrats wurden nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 6., 8., ~~10.~~ und 11. Bezirk Freitag und Samstag im 19. und 21. Bezirk 1/2 kg Kartoffel zum Preise von 2.80 K gegen Abtrennung des Abschnittes M der Kartoffelkarte abgegeben. Donnerstag bis Samstag werden im 3. Bezirk polnische Kartoffel, 1/2 kg zum Preise von 2 K pro Person, gegen Abtrennung des Abschnittes N der Kartoffelkarte abgegeben.

Donnerstag werden im 3., 9., 16. und 20. Bezirk Kipflerkartoffel, 1/2 kg pro Person zum Preise von 3K84 abgegeben. Diese Abgabe erfolgt gegen Durchstreichung des Buchstabens T am unteren Rande der gelben oder lila Mehlsbesatzkarte und ausserhalb der Rayonierung.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 10. September 1919, Nr. 365.

Verbilligung der Lebensmittel für die Feuerwehrmannschaft. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Weigl über die ^{dieselben} Verbilligung der Lebensmittel für die Feuerwehrmannschaft durch Einbeziehung/in die „Aktion der Gemeinde“ zur Verbilligung der Lebensmittel für die Angestellten. Durch diese Aktion, führte der Referent aus, soll es ermöglicht werden, dass auch der Feuerwehrmannschaft in Zukunft verbilligte Lebensmittel zugeführt werden können. StR. Müller (12. Bezirk) stellte bei dieser Gelegenheit den Antrag, es möge dem Stadtrate ein Bericht über die gesamte Küchenaktion der Gemeinde vorgelegt werden, damit sich die Stadträte endlich ein Bild davon machen könnten. Referent StR. Weigl erklärte sich mit dem Antrage Müller's einverstanden und betonte, dass überhaupt eine einheitliche Regelung der Küchen- und Ausspeiseaktion der Bediensteten der Gemeinde geplant sei. Der Referentenantrag wurde sodann angenommen.

Ernst Häckelasse oder Platz. In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Dr. Grün den Antrag, es sei nach dem Forscher Ernst Häckel entweder eine Gasse oder ein Platz zu benennen.

Lohnaufbesserungen für die Angestellten des städtischen Lastkraftwagenbetriebes.

StR. Weigl erstattete in der heutigen Sitzung des Stadtrates ein eingehendes Referat über die Lohnaufbesserung von Angestellten des städtischen Lastkraftwagenbetriebes. StR. Müller (12. Bezirk) beantragte, der Magistrat möge dem Stadtrate eine Vorlage unterbreiten, worin alle Arbeiterkategorien angeführt erscheinen, welche noch keine Lohnaufbesserung erhalten haben. Es gäbe nämlich noch städtische Arbeiter, die 300 Kronen Monatslohn hätten, womit sie natürlich bei den heutigen Verhältnissen ihr Auskommen nicht finden können. Der Referent betonte in seinem Schlussworte, dass eine solche Regelung ohnehin schon vorgesehen sei; im übrigen ersuchte er um die Annahme seiner Anträge. Dieselben wurden einstimmig angenommen.

Reorganisation des gemeinnützigen Ausspeisewesens der Gemeinde Wien. Frau StR. Seidel berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über einen Antrag der Frau Gemeinderat Kramer auf Reorganisation des gemeinnützigen Ausspeisewesens der Gemeinde Wien und die Einsetzung eines, mit der Durchführung dieser Aktion, zu betrauenden Komitees. Frau GR. Kramer, die der Sitzung beigezogen war, begründete in längeren Ausführungen ihren Antrag, indem sie auf die verschiedenen ^{schlechten} Mängel hinwies, die sich bei den Ausspeisungen ergeben haben. StR. Müller (12. Bezirk) setzte sich ebenfalls für die Schaffung eines solchen Komitees ein, nur dürfte dasselbe nicht mit der Untersuchung betraut werden, sondern müsste auch das Recht ^{haben} ^{zu} ^{erschlagen} ^{zu} ^{erstatte} ⁿ Bürgermeister Reumann betonte, dass die Ausspeiseaktion Gegenstand unausgesetzter Aufmerksamkeit seitens der Gemeinde sei. In einer der nächsten Stadtratsitzungen werde diesbezüglich ein eingehender Antrag vorgelegt werden. Selbstredend stehe die Gemeinde nicht auf dem Standpunkte, dass Kriegsküchen aufgelöst werden sollen, es sei denn solche, die überflüssig geworden seien. Mit dem dem Stadtrate zur Vorlage kommenden Antrag werde eine durchgreifende Regelung der gesamten Küchenfrage erfolgen. StR. Rummelhardt wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass, wie man ihn berichtet habe, in einigen Küchen die Zubereitung der Speisen jeder Beschreibung spotten solle. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Referentin, beziehungsweise der Frau GR. Kramer angenommen.

Die neue Rauchfangkehrordnung. Die seinerzeit angekündigte Aenderung der Kehrordnung für Rauchfänge und Herde tritt nunmehr in Kraft. Die Zahl der Kehrungen für Rauchfänge wurde mit 8 und für nicht transportable Herde mit 4 jährlich festgesetzt. Für die Kehrung dieser Herde haben die Mietparteien (auch in Form von Trinkgeldern) nichts zu zahlen, weil hierfür die Hauseigentümer aufzukommen haben.

Auflassung mehrerer Stellen des Bezirkswirtschaftsamtes. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Bürgermeister Reumann über die geplante Auflassung mehrerer Stellen des Bezirkswirtschaftsamtes. Es sollen solche Stellen aufgelassen werden, wie beispielsweise die Stelle für die Versorgung mit Kraut, Kartoffel etc., von denen es sich erwiesen hat, dass sie nicht mehr notwendig sind. Gleichzeitig wird geprüft werden, welche Stellen weiter noch aufzuheben sein werden. Zu diesem Behufe schlug der Referent der Einsetzung einer stadträtlichen Kommission vor, dem die Lösung dieser Frage zu überantworten sein werde. Der Antrag des Bürgermeisters wurde einstimmig angenommen.

Die Erholungsheime für die städtischen Angestellten. Die Mitglieder des Verbandes der städtischen Angestellten werden aufgefordert, die Anmeldungen für die Erholungsheime des Verbandes in Waldogs, Gutenstein und Neuhaus in der Verbandskanzlei bekanntzugeben, da im Falle nicht genügender Anmeldungen ein Teil der Erholungsheime gesperrt werden müsste.